

**NEIN ZU EINER**

**NEUEN BARACKENSCHWEIZ**

**Die Kündigungsinitiative der SVP will die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union und die Flankierenden Massnahmen (FlaM) abschaffen. Damit gefährdet sie nicht nur den Lohnschutz in der Schweiz, sondern auch die bilateralen Verträge mit unseren Nachbarländern. Wir GRÜNEN sagen Nein zu Abschottung und Rechtlosigkeit.**

Selbst die SVP weiss, dass die Schweiz ohne Fachkräfte aus dem Ausland nicht funktionieren kann. In unseren Spitälern, bei Spitex-Diensten und in Pflegeheimen stammt mittlerweile jede/r zweite Arbeitnehmende aus dem Ausland. Auch das Baugewerbe, der Tourismus, die Hochschulen und die Landwirtschaft sind auf die Unterstützung von ausländischem Personal angewiesen. Daran würde die «Kündigungsinitiative» nichts ändern. Sie würden nur die rechtliche Stellung der Menschen mit einem ausländischen Pass verschlechtern. Ihre Aufenthaltssicherheit und das Recht, mit der eigenen Familie zusammen zu leben, würden grundsätzlich in Frage gestellt.

### **«...und es kommen Menschen»**

Die SVP will zurück zum Saisonierstatut, das bis 2002 galt. Hunderttausende Menschen wurden damals als rechtlose Billig-Arbeiter/innen in die Schweiz geholt und in Baracken untergebracht. Nach jeder Saison wurde neu entschieden, ob es eine Verlängerung gibt oder nicht. Trotz maximaler Willkür stieg die Fremdenfeindlichkeit. «Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr», schrieb Max Frisch 1965 treffend. «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.» Kinder waren illegal.

Genau zu diesen unhaltbaren Zuständen will die SVP zurück. Damit setzt sie auch die Arbeitnehmenden in der Schweiz unter Druck. Denn ohne Personenfreizügigkeit fallen die bilateralen Verträge und die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne. Unternehmer könnten ohne Einschränkung auf rechtlose, billige Arbeitskräfte aus Europa setzen.

### **Wir GRÜNEN sind gefragt!**

Bereits heute ist klar, dass die SVP ihre Abstimmungskampagne auch mit «grünen» Argumenten führen will. «Je weniger Migration, desto weniger Umweltschäden», heisst ihre Devise. An uns GRÜNEN ist es, diesen Zynismus zu entlarven. Und uns für gute Nachbarschaft und eine gute Zusammenarbeit mit Europa einzusetzen, in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Forschung, in der Kultur!

*Regula Rytz, Nationalrätin Grüne, Kanton Bern*